

### ENERGIEWENDE

## Tickende Zeitbombe EEG-Umlage

**Die Kosten für die Förderung von Energie aus Wind und Sonne steigen deutlich. Die Große Koalition sucht nach Lösungen.**

Klaus Stratmann Berlin

Das **Energiewirtschaftliche** Institut (EWI) an der Kölner Uni ist nicht für Alarmismus bekannt. Im Gegenteil: Die Kölner Forscher stehen für tiefeschürfende Analysen, nicht für schnelle Schlagzeilen.

Was die EWI-Leute jedoch Ende vergangener Woche aussandten, war kurz und knapp, viele Politiker dürften es als Alarmsignal verstanden haben: Die Umlage zur Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren **Energien** nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG) "könnte im kommenden Jahr um 25 Prozent höher liegen als heute", teilte das EWI auf der Basis umfassender Berechnungen mit.

Die Umlage, die derzeit 6,756 Cent je Kilowattstunde beträgt, könnte demnach "auf 8,44 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2021" klettern. Das gelte selbst dann, wenn man die im Klimaschutzpaket der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Begrenzung der Umlage mit einbeziehe, schreibt das EWI weiter. Ohne diese Entlastungsmaßnahmen würde die Umlage laut EWI 2021 sogar auf 9,99 Cent pro Kilowattstunde ansteigen.

Der Thinktank Agora **Energiewende** war Ende Mai zu ähnlichen Ergebnissen gekommen. Ohne aktives politisches Handeln würde die Ökostromumlage im nächsten Jahr auf 8,6 Cent je Kilowattstunde steigen und damit Haushalte zusätzlich belasten, hatte Agora **Energiewende** errechnet - und lieferte die Empfehlung an die Politik direkt dazu: "Ein Zuschuss aus dem Bundeshaushalt von fünf Cent je Kilowattstunde als Teil des Corona-Konjunkturpakets könnte die EEG-Umlage in etwa halbieren und somit die Haushalte bei der Bewältigung der Coronakrise entlasten", erklärten die Agora-Leute.

Ob die Große Koalition diesen Vorschlag beim zweiten Tag ihrer Verhandlungen über ein Konjunkturpaket am Mittwoch aufgegriffen hat, stand bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht fest. Gleichwohl waren Entlastungen beim Strompreis zur Stützung der Konjunktur Gegenstand der Gespräche.

Das Thema ist politisch brisant. Seit Jahren ist die Politik bestrebt, die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren **Energien** nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Schon heute zahlt ein Haushalt mit einem Stromverbrauch von 3500 Kilowattstunden pro Jahr 236,46 Euro allein an EEG-Kosten, mit Mehrwertsteuer erhöht sich der Betrag auf 281,39 Euro. Bei einem Anstieg um 25 Prozent wäre die Grenze von 350 Euro überschritten. Die Gesamtkosten der EEG-Förderung würden damit eine neue Dimension erreichen. 2018 summierten sich die sogenannten EEG-Differenzkosten nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums auf 23,1 Milliarden Euro. Für 2019 prognostiziert das Wirtschaftsressort 24,8 Milliarden Euro, für 2020 sind es 24,2 Milliarden. Die tatsächlichen Zahlen für 2019 liegen noch nicht vor. Die EEG-Differenzkosten umfassen die Zahlungen an die Anlagenbetreiber abzüglich der Einnahmen aus der Vermarktung des Stroms.

Die Stunde der Wahrheit schlägt im Oktober, wenn die Übertragungsnetzbetreiber turnusgemäß die EEG-Umlage für das Jahr 2021 bekannt geben. Die vier Unternehmen - 50Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW - sind per Gesetz mit dem Inkasso der Umlage betraut und berechnen die Höhe der Umlage Jahr für Jahr neu.

/// Konjunkturreinbruch //

Der Anstieg der Kosten hat im Wesentlichen zwei Gründe. Einerseits hat es zuletzt sehr viele sonnen- und windreiche Monate gegeben, was die Produktion von EEG-Strom in die Höhe trieb. Zugleich hat der durch die Corona-Pandemie bedingte Konjunkturreinbruch die Großhandelspreise für Strom einbrechen lassen.

Wenn der Großhandelspreis fällt, wird die Differenz zu den Vergütungen, die das EEG garantiert, größer. Entsprechend steigen die EEG-Kosten. Das EEG hat dazu geführt, dass mittlerweile stabil über 40 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen stammt. 2019 lag der Wert laut Umweltbundesamt bei 42,1 Prozent. Ziel der Bundesregierung ist es, diesen Wert bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern. Mit dem EEG, das im Jahr 2000 in Kraft trat, wird der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen gefördert. Das EEG garantiert den Anlagenbetreibern feste Vergütungen je produzierter Kilowattstunde Strom, die teilweise erheblich über den Großhandelspreisen für Strom liegen.

Im Bundeswirtschaftsministerium betrachtet man die Entwicklung mit Sorge. Die Stabilisierung der Strompreisentwicklung sei "ein zentrales Anliegen" des Ministeriums wie auch der gesamten Bundesregierung, teilte das Ministerium auf Anfrage mit.

"Wir beobachten die aktuellen Auswirkungen der Coronakrise auf den **Energieverbrauch** und damit in der Folge auf die Börsenstrompreise sehr genau", hieß es weiter. Gerade jetzt, wo Lockerungen für die Wirtschaft in Kraft getreten seien, müsse für Entlastung in der Wirtschaft gesorgt werden. "Dazu zählt auch eine Stabilisierung der Strompreise", hieß es aus dem Wirtschaftsministerium weiter.

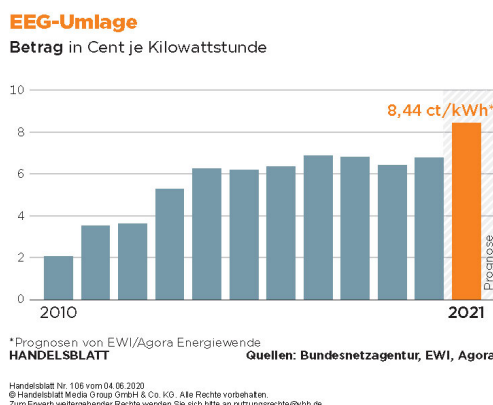
Koalitionspolitiker haben Vorschläge entwickelt, wie man gegensteuern könnte. So regt etwa Johann Saathoff, **energiepolitischer** Koordinator der SPD-Bundestagfraktion, an, über die im Grundsatz bereits beschlossene Entlastung der EEG-Umlage aus den Einnahmen der Besteuerung von CO<sub>2</sub> - Emissionen hinaus zusätzlich die Stromsteuer um zwei Cent abzusenken. Durch beide Maßnahmen zusammen könne der Strompreis "schnell um drei bis vier Cent sinken", argumentiert Saathoff. Es müsse allerdings sichergestellt werden, dass die Entlastungen auch tatsächlich an die Stromkunden weitergegeben würden.

Auch die Grünen pochen auf Entlastungen: "Wir wollen die EEG-Umlage schnellstmöglich um fünf Cent pro Kilowattstunde senken und die Mittel dafür aus dem Bundeshaushalt nehmen. Damit würde ein Kaufkraftzuwachs von rund 15 Milliarden Euro pro Jahr realisiert", sagte Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer dem Handelsblatt.

Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbands **ErneuerbareEnergie** (BEE), schlägt vor, die EEG-Ausnahmen für die Industrie künftig aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Dadurch ließe sich das EEG-Umlagen-Konto "sofort um fünf Milliarden Euro entlasten", sagte Peter dem Handelsblatt. Die EEG-Umlage werde damit um 1,5 Cent je Kilowattstunde gesenkt. Eine Rückführung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum, wie sie auch SPD-Politiker Saathoff fordert, würde den Strompreis um weitere zwei Cent pro Kilowattstunde mindern, rechnet Peter vor.

"Für diese Stabilisierung der EEG-Umlage sind keine Eingriffe in das komplexe System der Abgaben und Umlagen im **Energiesektor** erforderlich. Sie können daher schnell umgesetzt werden und stabilisieren den Strompreis für alle Stromkunden", sagte Peter.

*Stratmann, Klaus*



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 106 vom 04.06.2020 Seite 010
Ressort:	Wirtschaft & Politik
Branche:	ENE-01 Alternative <b>Energie</b> B ENE-16 Strom B
Dokumentnummer:	8221B702-7113-4B56-B315-0EE25F797482

### Dauerhafte Adresse des Dokuments:

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_8221B702-7113-4B56-B315-0EE25F797482%7CHBPM\\_8221B702-7113-4B56-B315-0E](https://www.wiso-net.de/document/HB_8221B702-7113-4B56-B315-0EE25F797482%7CHBPM_8221B702-7113-4B56-B315-0E)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH